

sich des Eindruckes nicht erwehren, dass hier zwei grundverschiedene Motive zu einem umfassenden politikwissenschaftlich-historischen großen Wurf (zwang-)vereint werden, nämlich die in linken und linksliberalen Kreisen immer wieder erhobene Kritik an Kreisky, antisemitischen Vorurteilen in Österreich Vorschub geleistet zu haben, sowie die Entlarvung Haiders als opportunistischen Populisten, der aus einem nationalsozialistischen Milieu kommend sich niemals davon distanziert und in gewissen Phasen seiner eigenen politischen Entwicklung diese Ideologie sogar vertreten hat.

Die beiden zentralen Beiträge des Buches (Sickinger und Stögner) sind umfassend recherchiert und bieten eine Menge an Material, welches zwar durchwegs bekannt und vielfach veröffentlicht ist, aber durchaus Wert ist, in Erinnerung gerufen zu werden. Dennoch kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass diese Publikation in einem gewissen Maße eine wissenschaftliche Aufbereitung von Wertungen darstellt, die längst bekannt und auch vielfach veröffentlicht worden sind. Das einzig wirklich Originelle an diesem Buch ist – wie bereits zu Beginn erwähnt – der Vergleich von zwei politischen Persönlichkeiten, die abgesehen von ihrem persönlichen Charisma, kaum etwas gemeinsam hatten. 

F.E.

Martin Balluch

Widerstand in der Demokratie Ziviler Ungehorsam und konfrontative Kampagne

Promedia Wien 2009, 159 Seiten, 9,90 €

Gerade rechtzeitig zum Anfang des Prozesses beim Bezirksgericht Wr. Neustadt gegen Martin Balluch, Obmann des »Vereins gegen Tierfabriken«, und 12 weiteren angeklagten Tierschützern hat dieser bei Promedia ein Buch herausgebracht, in dem er sich mit seiner Kampagnenarbeit und dem Versuch der Behörden, diese zu kriminalisieren, auseinandersetzt. Tatsächlich ist die Anklage gemäß den §278 StGB (Bildung von kriminellen und terroristischen Organisationen) höchst fragwürdig und wirft weit über den konkreten Anlassfall eine Menge an grundsätzlichen rechtlichen aber auch politischen Fragen auf. Balluch schildert daher in seinem Buch auch ausführlich die

zahlreichen, rechtlich äußerst bedenklichen Verfolgungshandlungen der österreichischen Sicherheitsbehörden gegen Aktionen radikaler Tier- und Umweltschützer. Berücksichtigt man auch andere Maßnahmen beispielsweise im Bereich des Aufenthalts- und Fremdenrechtes so stellen diese tatsächlich lediglich die Spitze eines Eisberges dar. Balluch verweist zu Recht darauf, dass auch in Österreich unter dem Vorwand des Kampfes gegen Terrorismus und Radikalismus eine Reihe bedenklicher Einschränkungen von Freiheiten beschlossen bzw. angeordnet worden sind. Dem Autor ist insofern durchaus zu zustimmen, dass man auch in Österreich die klare Tendenz zu einem Überwachungsstaat registrieren kann, welche letztendlich die Demokratie in Frage stellt.

Balluch befasst sich auch ausführlich mit den internationalen Vorbildern der Strategie der »nonviolent direct action«, dem von Martin Luther King geprägten Terminus. Ausführliche Zitate aus dem berühmten Brief Luther Kings aus dem Gefängnis, in dem er die moralische, politische und letztlich auch rechtliche Berechtigung des Widerstandes gegen ungerechte Gesetze und Normen proklamiert hat, stellen höchst interessante und durchaus aktuelle Parallelen zu aktuellen Ereignissen dar.

Ein spannendes, zugleich aber höchst beklemmendes Buch. 

F.E.



Mark Juergensmeyer

Die Globalisierung religiöser Gewalt Von christlichen Milizen bis al-Qaida

Hamburger Edition, Hamburg 2009, 485 Seiten, 35 €

Warum kam es zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu einem Ausbruch religiös motivierter Gewalt? Dieser Frage geht Mark Juergensmeyer, Professor an der

Universität von Kalifornien in Santa Barbara, nach. Anhand zahlreicher Fallstudien und Interviews, die der Autor mit Vertretern christlicher Milizen, Hamas, Hisbollah, im Irak und Iran sowie an fast allen Brennpunkten weltweit geführt hat, vertritt er die These, dass das Wiederaufblühen der religiösen Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts in weiten Teilen dem Verlust des Glaubens an den säkularen Nationalismus in einer zusehends globalisierten Welt geschuldet sei. Die Globalisierung habe diesen Trend zum Religiösen noch beschleunigt. Das westliche Konzept des Nationalstaates konnte in zahlreichen Ländern, in denen es religiös motivierte Aufstandsbewegungen gibt, keine Wurzeln schlagen.

Für Juergensmeyer haben die religiös motivierten Aufstandsbewegungen wenig mit Religion zu tun. Religion sei ein Surrogat für Nationalismus, um den Nationalstaat funktionsfähig zu halten. Die »Religiösen« treten mit dem Anspruch auf, es besser machen zu wollen. Sie bemühen sich um eine innerdemokratische Legitimation. Aber liefert ihnen nicht gerade »der Westen« mit der Praktizierung doppelter Standards einen Vorwand, um ihren anfangs verkündeten demokratischen Anspruch als Vehikel für ihren absoluten Herrschaftsanspruch zu missbrauchen?

Der Autor hat mit Vertretern solcher Aufstandsbewegungen, die vom Westen verteufelt werden wie Hamas und Hisbollah, oder selbst mit Vertretern der Islamischen Republik Iran gesprochen. Genau hier fängt das eigentliche Problem des Westens an, der sich aus ideologischen Gründen des Dialogs mit diesen Bewegungen oder Staaten verweigert. Einige westliche Staaten sind nicht bereit, sich die Argumente der »Verdammten dieser Erde« anzuhören. Dass dies ein Fehler ist, zeigt Juergensmeyer. Selbst diese »Verdammten« haben überzeugendere Argumente für ihr Anliegen als »der Westen«. Dass jedes unterdrückte Volk ein Recht auf Widerstand hat, ist bekannt. Die besagte UN-Resolution ist eindeutig. Die christliche Soziallehre rechtfertigt sogar den »Tyrannenmord« und den Widerstand gegen eine lang andauernde ungerechte Unterdrückungsherrschaft. Jedes unterdrückte und kolonisierte Volk hat also gute juristische und moral-theologische Argumente für den

Widerstand gegen die Besetzung ihres Landes, sei es in Irak, Afghanistan, Palästina oder Tibet.


Die Besatzungsmächte in Irak und Afghanistan verfolgen oft eine Fata Morgana, die mit der Realität nur am Rande etwas zu tun hat. Robert Dreyfuss zitiert in »The Nation« den ehemaligen US-Botschafter in Saudi Arabien, Chas Freeman, der feststellte: »We haven't invaded Iraq, we've invaded the Iraq of our dreams.« Selbst General Stanley McChrystal schrieb in seinem Bericht: »ISAF has not sufficiently studied Afghanistan's peoples, whose needs, identities, and grievances vary from province to province and from valley to valley.«

Juergensmeyer hat sich vor Ort ein Bild über die Motive der religiösen Aufstandsbewegungen gemacht. So sprach er mit dem paralysierten Scheich Ahmed Yassin im Gaza-Streifen, den Israel am 22. März 2004 durch eine Rakete – abgefeuert aus einem US-Made Apache-Kampfhubschrauber – aus seinem Rollstuhl gebombt hat. Scheich Yassin beschrieb seine islamische Widerstandsbewegung (Hamas) »als das Herz der palästinensischen Opposition«. Eine säkulare Befreiungsbewegung sei zutiefst irregeleitet, da »der Islam so etwas wie einen säkularen Staat nicht kennt«, so Yassin. Der Westen sollte wissen, dass »die Unterscheidung zwischen der PLO und der Hamas eine künstliche« ist. Auf Abbas zu setzen, ist ebenso verfehlt wie auf Hamid Karzai oder Nuri al-Maliki, da allen die Legitimation ihrer Völker fehlt.

»Selbst in Iran ist die Macht des Klerus beschränkt.« Der Westen spricht aber vereinfachend von einem »Mullah-Regime«. Die Vielfältigkeit des Landes fällt so ebenso unter den Tisch wie die Heterogenität der politischen Elite, was das ideologisch gefärbte Zerrbild als Selbsterfüllende Prophezeiung erscheinen lässt. Iran sei alles andere als eine Theokratie. Ebenso sei in anderen religiös motivierten Aufstandsbewegungen die Macht der Geistlichen stark begrenzt. Selbst al-Qaida werde von einem Ingenieur und einem Arzt geführt. Juergensmeyer weist darauf hin, dass die meisten Bewegungen des religiösen Aktivismus organisationsintern demokratische Verfahren etabliert haben. »Über die internen Organisationsstrukturen radikaler Bewegungen von Sri Lanka bis Algerien und von Pa-

lästina bis Montana wurde entweder durch breite Konsultation der Mitglieder oder durch Wahlen entschieden.«

Juergensmeyer hält die Militarisierung der Konflikte gegenüber religiös inspirierten Aufständischen für verfehlt. »Eine überzogene Reaktion der Regierung verschlimmert nur die Lage.« Den USA und der Nato sollte Folgendes zu denken geben. In einem Interview äußerte ein Mullah in Bagdad: »Der Islam wird angegriffen.« Die Präsenz der US-Amerikaner im Irak richte sich gegen die Religion seines Landes; man wolle kein säkulares politisches Regime nach amerikanischem Vorbild.

Die letzten Seiten des Buches sollten gründlich gelesen und bedacht werden, weil die Möglichkeit besteht, dass es zu einem Krieg zwischen Religion und Vernunft kommt. Ein flüssig formuliertes Buch, das Anregungen gibt, wie man jenseits von militärischer Gewalt mit religiösem Nationalismus umgehen sollte. Als Fazit bleibt festzuhalten: Der Westen muss sich von seinem ideologisch bestimmten Konzept des Antiterrorkrieges verabschieden. 

Ludwig Watzal

Ramzy Baroud

The Second Palestinian Intifada

Pluto Press, London 2006, 216 Seiten, 10,99 €

Der Kampf der Palästinenser um einen eigenen Staat ist nach der Spaltung zwischen Hamas und der PLO in einer Sackgasse gelandet. In diesem andauernden Kolonisierungsprozess ist es für eine Kolonialmacht von Vorteil, wenn die Kolonisierten uneins sind. Divide et impera funktioniert perfekt in Palästina. In zwei Aufständen, Intifada genannt, haben die Palästinenser vergeblich versucht, das Joch der israelischen Besetzung abzuschütteln. Insbesondere in der so genannten Al-Aqsa-Intifada haben sich die Spielregeln radikal verändert, schreibt Ramzy Baroud, ein Palästinenser der zweiten Generation, der in den USA als ausgewiesener Journalist lebt und für verschiedenen Medien schreibt; u. a. als Chefredakteur von »Palestine Chronicle«.

In der zweiten Intifada haben beide Parteien einen sehr hohen Preis bezahlt: 5.000 Palästinenser und 1.000 Israelis starben. Erstmals haben sich

zahlreiche junge Menschen als Ausdruck ihres »Widerstandes« gegen die Besetzung freiwillig in die Luft gesprengt, dabei wurden viele unschuldige israelische Zivilisten getötet. Als eine Konsequenz begann Israel mit dem Bau einer acht Meter hohen Mauer in Ost Jerusalem, Bethlehem, Kalkilia und anderen Bevölkerungszentren. Der Rest Palästinas wurde durch den Bau eines Zaunes von Israel abgetrennt. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag entschied in einem Urteil vom Juli 2004, dass der Verlauf der Grenzbefestigungen völkerrechtswidrig sei, da er erheblich von der Waffenstillstandslinie von 1949 abweiche, die als international anerkannte Grenze gilt. Israel ignorierte das Urteil und setzte den Bau der Sperranlagen fort.

In fünf Kapiteln beschreibt der Autor die verschiedenen Phasen der zweiten Intifada, beginnend mit den Gründen für deren Ausbruch. Innerhalb der palästinensischen Bevölkerung führte der Osloer Friedensprozess zu großen Frustrationen, weil dieser »Friedensprozess« viel mit Prozess, aber wenig mit Frieden zu tun hatte. Einige Nahostexperten vertreten die Meinung, die Saat für die zweite Intifada sei mit der Vertreibung der israelischen Besatzungsarmee aus dem Südlibanon gelegt worden; im Mai 2000 ordnete Ehud Barak den überhasteten Abzug an. Hinzu kam die Enttäuschung über das so genannte »großzügigste Angebot« von Barak in Camp David. Das Fass zum Überlaufen brachte der »Besuch« Ariel Sharons auf dem Haram al-Sharif (Tempelberg) in Begleitung von 1.000 Polizisten. Der Aufstand wurde immer gewalttätiger, als israelische Polizisten 13 israelische Palästinenser bei einer Demonstration erschossen.

Baroud erwähnt den doppelten Standard des Westens in diesem Konflikt. Insbesondere die USA verschlossen ihre Augen vor den Gräueltaten der israelischen Armee in den besetzten Gebieten. »While the Sharon government was getting away with murder, in other places around the world war crimes were not always overlooked.« Der Autor weist auf die Rolle Sharons als Kommandeur der berühmten Einheit 101 hin, die auf der angeblichen Suche nach palästinensischen »Terroristen« in den Dörfern wehrlose Männer, Frauen und Kinder tötete. Von der »geteilten Verantwortung« Sharons beim Massaker von Sabra und Shatilla 1982